

„Jugendliche“ in Kirchweyhe?



Wissen Sie, was „Jugendliche“ sind? Natürlich, junge Menschen, so ab 14 bis Mitte 20, manchmal älter. Typisch für sie ist, dass sie gerne Party machen, sich für Typen oder Mädchen interessieren, vielleicht für Autos, Mode, Motorräder oder auch Reisen. Manche schlagen sich, manche zicken, manche mobben sich.

(Von Fishtown-Fan)

Aufmerksame Leserinnen und Leser von PI wissen aber auch, dass die Bezeichnung „Jugendliche“ immer dann verwendet wird, wenn ein anderer Hintergrund nicht genannt werden soll. Sobald „Jugendliche“ in „einer Gruppe“ gegen Einzelne mit „Messern“ auftreten oder mit Schuhen gegen Köpfe treten, dann weiß man, wer damit in der Regel umschrieben wird. So wie einst in der DDR, hat man es in der Bundesrepublik gelernt – lernen müssen -, zwischen den Zeilen zu lesen.

Eine [besondere Variante dieses Sprachgebrauchs](#) ist jetzt im Prozess gegen die Mörder von Daniel S. erschienen. Denn dort

[...] haben die Verteidiger des Angeklagten den Antrag gestellt, einen Jugendforscher der Uni Bielefeld zu hören. Der Mann solle ein Gutachten einbringen, inwieweit die tödliche Auseinandersetzung vom März 2013 jugendtypisch gewesen sei, so die Anwälte am Donnerstag vor dem Landgericht Verden.

Der 20-jährige Cihan A. muss sich dort wegen Mordes verantworten. Er soll den Streitschlichter laut Anklage bei einer Auseinandersetzung am Bahnhof in Kirchweyhe mit Tritten getötet haben.

Ich habe oben skizziert, wie ich mir typische deutsche Jugendliche vorstelle. Dass das Treten gegen den Kopf eines Wehrlosen auch mit dazu gehört, ist mir neu, insbesondere, wenn so lange getreten wird, bis der Kopf in Stücke zerbrochen ist. Auch deutsche Jugendliche werden zu Mördern, aber diese spezielle herzlose Grausamkeit kommt aus einem bestimmten Kreis der Unkultur und Barbarei zu uns. Sie ist und sie war nie typisch für unser Land.

Was bezweckt nun die Verteidigung mit ihrem Antrag? Der Richter hat früh schon angedeutet und jetzt klar zu erkennen gegeben, dass für ihn eine [Bestrafung wegen Totschlags oder Mordes](#) nicht in Frage kommt.

Wird hier von der Verteidigung die Perfidie noch auf die Spitze getrieben? Also, in dem Sinne, dass 'sich Jugendliche ja normalerweise öfter mal die Köpfe zertreten und Daniel S. in solch eine Kopftreter-Auseinandersetzung verwickelt war, als Jugendlicher, so ist das dann wohl etwas ganz Normales, dass dabei dann auch mal einem der Jugendlichen das Gehirn aus dem Schädel getreten wird? Wo es dann nur Zufall war, wer dort gerade zum Opfer wurde?'

Soll es das sein, worauf die Verteidiger hinaus wollen?

So oder so ähnlich könnte die teuflische Argumentation aussehen, die hinter diesem Antrag steht. Dass Daniel S. einen Streit schlichten wollte und absolut friedfertig war ([PI berichtete](#)), soll durch eine verwinkelte Strategie in den Hintergrund geraten.

Das Perfide daran ist, dass die Verteidigung in einem tieferen Sinne sogar Recht hat. Es gibt etwas Typisches in diesem Fall.

Die primitive und feige Grausamkeit tritt besonders in einer spezifischen Gruppe auf. Das darf man aber nicht aussprechen, man darf diese Gruppe nicht beim Namen nennen, denn das ist dann „Rassismus“.

Schon wieder Prügel für Jecken



Da derzeit

vielerorts Fasching bzw. Karneval gefeiert wird, kommt es zu immer mehr Übergriffen gegen ausgelassen feiernde Menschen durch missgünstige Ausländer. Erst gestern haben wir über einen [Fall in Aldingen](#) berichtet. Diesmal hatte sich ein Mob von etwa 300 Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren im Internet verabredet, um den Ottersweier Nachtumzug zu sprengen.

Das Ergebnis laut [SWR](#):

Es kam zu 17 Strafanzeigen. Elf Menschen wurden verletzt, drei davon schwer. Polizeibeamte wurden angepöbelt und bespuckt. Ein Linienbus wurde schwer beschädigt. Der Bühler Polizeichef Walter Kautz ließ drei besonders gewalttätige

Personen in Gewahrsam nehmen. Die stark alkoholisierten Randalierer kamen überwiegend aus dem nördlichen Bereich Badens bis hinauf nach Karlsruhe. Die meisten der festgestellten Gewalttäter haben nach Angaben der Polizei einen osteuropäischen oder afrikanischen Migrationshintergrund. Ein konkretes Sicherheitskonzept für künftige Veranstaltungen gibt es derzeit nicht. Die Polizei empfiehlt generell, Narrenumzüge künftig nicht mehr nachts stattfinden zu lassen. Die Veranstalter des 17 Jahre alten Unzhurster Nachtumzugs denken derzeit über mögliche Alternativen nach.

Ein Konzept gegen derartige Gewalttaten hat die Polizei nicht, weil es vermutlich ein solches Konzept gar nicht geben kann. Die einzige Konsequenz ist also die Absage der beliebten Nachtumzüge in Unzhurst.

So geht also wieder ein Stück deutscher Kultur verloren, nur, weil irgendwelchen Ausländern unsere Kultur nicht gefällt. Die Absage „für immer“ ist eine Bankrotterklärung unseres Rechtsstaats und unserer Demokratie, die mit einem derartig unzivilisierten Gehabe als Massenphänomen nicht umgehen können.



**NRW: Spanische Familie
bekommt Hartz IV**



Das Sozialgericht

Dortmund stellt in einer Eilentscheidung vom Donnerstag EU-Recht über deutsches Recht und spricht einer spanischen arbeitslosen Familie Hartz-IV-Leistungen zu. Die deutsche Gesetzgebung schließt aber Hartz-IV-Leistungen an arbeitssuchende EU-Ausländer aus. Dagegen steht das offenbar hier angewendete EU-Recht, das unter Berufung auf das Grundrecht der Freizügigkeit ihrer Bürger die Ungleichbehandlung von EU-Bürgern auch bei Sozialleistungen verbietet, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen.

(Von L.S.Gabriel)

Aktuell geht es um ein spanisches Ehepaar und seine vier Kinder. Die Familie lebt seit Mitte 2013 in Nordrhein-Westfalen von geringfügigen Beschäftigungen und Kindergeld.

Den Antrag der Eltern auf Hartz IV lehnte das Jobcenter ab, weil laut Gesetz EU-Ausländer, die sich allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, keinen Anspruch auf Leistungen haben. Die Familie zog frech vor Gericht und forderte von Deutschland ein, was ihr von Rechts wegen nicht zusteht und dort gewährte man ihr nun auch prompt und EU-hörig 1033 Euro monatlich. Denn ohne diese Grundsicherungsleistungen entstünden der Familie existenzielle Nachteile, die sie aus eigener Kraft nicht abwenden könne.

Das [Handelsblatt](#) schreibt:

Das Bundessozialgericht hatte wegen einer Vielzahl ähnlich

strittiger Fälle bereits den Europäischen Gerichtshof (EuGH) um eine grundsätzliche Entscheidung ersucht. Dabei geht es um die Frage, ob es sich bei Hartz IV um „Sozialleistungen“ handelt, die EU-Ausländern verwehrt werden können, oder um „besondere Geldleistungen“, die auch EU-Ausländern den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen und deshalb gewährt werden müssen.

Begründet hat das Gericht die Entscheidung einerseits mit „erheblichen Zweifeln“ an der Vereinbarkeit des Leistungsausschlusses für EU-Bürger mit dem Gemeinschaftsrecht der EU. Außerdem handle es sich bei Hartz IV um eine „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ und deshalb um eine „besondere beitragsunabhängige Leistung“, die auch EU-Ausländern gewährt werden müsse.

Es gilt hier also im Wesentlichen zu klären, ob es sich bei Hartz IV um Sozialleistungen handelt, die Deutschland EU-Ausländern verwehren kann, oder eben um besondere Geldleistungen, die EU-Ausländern den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen.

Hartz IV-Leistungen werden aus Steuergeldern finanziert und deshalb gibt es auch völlig richtiger Weise diesen Ausschluss. Dem deutschen Steuerzahler bleibt derweil nur die Hoffnung, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) das auch so sieht, sonst gibt es in Deutschland wohl bald „Hartz“ IV für alle Europäer.

Mazedonien: Kastration für

Pädophile

Im Kampf gegen Pädophilie greift Mazedonien nun durch. Ab sofort dürfen Kinderschänder chemisch kastriert werden. [Das Parlament verabschiedete ein Gesetz](#), dass das Strafmaß für sexuellen Missbrauch von Kindern verschärft. Kinderschänder müssen künftig mit bis zu lebenslangen Haftstrafen rechnen und bei Wiederholungstätern darf die chemische Kastration angewendet werden, nachdem die Täter ihre Haftstrafe verbüßt haben und aus dem Gefängnis entlassen werden sollen. Wer als Ersttäter freiwillig der Kastration zustimmt, kann mit kürzerer Haftstrafe rechnen. Kinderschutzgruppen kritisieren das Gesetz als immer noch zu milde.



NRW: Betreuer nimmt Jugendliche mit in Puff



Hin und wieder wird

die katholische Kirche unfreiwillig Steigbügelhalter für Dinge, die sie eigentlich nicht so sehr schätzt. Ein Betreuer einer kirchlichen Einrichtung für straffällig gewordene Jugendliche im nordrhein-westfälischen Dormagen hat an einem Weihnachtstag 2013 drei Jugendliche mit ins Bordell nach Düsseldorf genommen.

kath.net schreibt:

Zudem soll er sich in der Silvesternacht mit Teilnehmern des Projekts betrunken haben und mit ihnen verspätet zurückgekehrt sein. Nachdem diese Verdachtsfälle bekanntgeworden seien, habe der Mitarbeiter sofort fristlos gekündigt. Das Raphaelshaus wolle gegen ihn Strafanzeige erstaten.

Die Einrichtung hatte der Fachabteilung des Justizministeriums Ende Januar Gesprächsbedarf über das Fehlverhalten eines Mitarbeiters signalisiert, wie es hieß. Diese Besprechung habe am Montag stattgefunden. Dabei habe die Justiz erstmals Details erfahren. Daraufhin sei entschieden worden, die fünf derzeitigen Teilnehmer des Projekts zur Sachverhaltsaufklärung vorläufig in die Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Ronsdorf zu verlegen. Nach Mitteilung der Entscheidung sei ein 16-Jähriger geflohen.

Das am 1. August 2012 gestartete und auf drei Jahre angelegte Projekt setzt auf pädagogische Betreuung für Straftäter unter 21 Jahren in einer Jugendhilfeeinrichtung statt auf den Vollzug in einer Haftanstalt.

Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) hat den alternativen Jugendstrafvollzug im Dormagener Raphaelshaus gestoppt.

Wer an der deutschen Kuscheljustiz hängt, darf sich über solche Vorfälle nicht wundern. Es war nur eine Frage der Zeit, wann so etwas passiert. Schließlich ist ein Straftäter auch

nur ein Mensch und muss seinen menschlichen Bedürfnissen nachgehen können. Die Würde des Menschen ist unantastbar, und dazu gehören nunmal Bordellbesuche. Amen.

Roger Köppel zur Zuwanderungsinitiative



Nein: Die Weltwoche

will keinen Stacheldraht um die Schweiz ausrollen, um unseren angeblich so schicksalhaft an die EU geketteten Kleinstaat durch Abschottung der wirtschaftlichen Verödung preiszugeben. Wir zählen uns auch nicht zu dem von der NZZ am letzten Wochenende mit unüberbietbarer Süffisanz belächelten «strukturkonservativen Lager». Im Gegenteil: Wir sehen uns als durchaus heiteren Teil jener vorausschauend progressiven Kräfte, die das problembehaftete System der Personenfreizügigkeit durch ein besseres Modell ersetzen wollen.

Die NZZ schreibt weiter, es gebe in der Schweiz eine unheilige Allianz zwischen der SVP und der «strukturbewahrenden Linken» gegen die Personenfreizügigkeit. Wirklich? Die einzige unheilige Allianz, die sich bei diesem Thema an unzähligen Podien besichtigen liess, besteht zwischen der Wirtschaft und

den Gewerkschaften. Die Wirtschaft ist für die - Personenfreizügigkeit, weil sie auf eine Vielzahl günstiger Arbeitskräfte zurückgreifen kann. Die Gewerkschaften sind für die Personenfreizügigkeit, weil die massive bis unkontrollierte Zuwanderung den Ruf nach Schutzmassnahmen laut werden lässt. Den Unternehmen bringt die Personenfreizügigkeit tiefere Lohnkosten, den Gewerkschaften bringt sie mehr Macht. Und beide Seiten vernebeln ihre Interessen nach Kräften.

Natürlich geht es um «Lohndumping». Warum sonst soll eine wohlhabende Volkswirtschaft ihre Grenzen für ausländische Arbeitnehmer öffnen, wenn dahinter nicht die Aussicht auf billigere Arbeitskräfte lockt? Wächst das Angebot schneller als die Nachfrage, sinken die Preise. Das ist ein Naturgesetz der Marktwirtschaft, nach dem alle gut-geführten Unternehmen handeln müssen. Das Verlogene besteht darin, dass die Wirtschaft ihr Hauptmotiv verschweigt... (Fortsetzung [in der aktuellen WELTWOCHEN!](#) Am Sonntag ist in der Schweiz die vielbeachtete Abstimmung über die weitere Einwanderung!)



Beispiellose Frechheit: UNO will Bibel und Kirche ändern



Das UN-

Kinderrechtskomitee UNCRC hatte in einem am Mittwoch veröffentlichten Prüfbericht den Umgang der katholischen Kirche mit sexuellem Missbrauch von Minderjährigen als unzureichend kritisiert. Der Heilige Stuhl habe „die Reputation der Kirche und den Schutz der Täter über die Interessen der Kinder gestellt“, sagte die Vorsitzenden des Ausschusses, Kirsten Sandberg (kl. Foto). Der 16 Seiten umfassende Bericht verlangt unter anderem mehr Transparenz und Nachbesserungen im Kirchenrecht. Er forderte zugleich Änderungen im Umgang der Kirche mit Homosexualität und Abtreibung.

Geis sagte, wie die katholische Kirche Abtreibung oder Homosexualität bewerte, sei allein deren Sache, „und da hat sich die UNO überhaupt nicht einzumischen“. Und weiter: „Was sind das nur für Menschen. Was glauben die überhaupt, wer sie sind. Arroganz bis oben hinaus, bis in die Haarspitzen hinein.“ Zuvor hatte sich der Vatikan einen solchen Eingriff in die katholische Lehre verbeten. *(Was hat sich die [UNO ins Kirchenrecht](#) einzumischen? Diese Islamkuscher sollen bloß ihr ungewaschenes Maul halten! PI sagt es schon lange: Alles was von der UNO und ihren Unterorganisationen kommt, ist nur noch ärgerlich! Zahlungen einstellen, dann halten die ihre Klappe. Die USA haben es einst vorgemacht!)*

Wilders: EU-Austritt bringt Niederlanden Milliarden

Den Haag (dpa) – Der niederländische PVV-Vorsitzende Geert Wilders

hat sich für den Austritt seines Landes aus der Europäischen Union ausgesprochen. Ein «NExit» würde den Niederlanden langfristig Milliarden Euro einbringen, betonte Wilders am Donnerstag in Den Haag bei der Vorlage einer Studie über mögliche ökonomische Folgen eines EU-Austritts der Niederlande. Die Studie hatte das britische Institut Capital Economics im Auftrag der Wilders-Partei für die Freiheit erstellt. «Die Niederlande müssen aus der EU austreten. Das ist Sauerstoff für unser Land, während die EU uns erstickt», sagte Wilders. Nach der Studie würden durch einen EU-Austritt die Staatsausgaben sinken und die Wirtschaft im Jahr 2035 um 13 Prozent wachsen. Die Risiken und Kosten etwa für die Umstellung auf den Gulden seien «bescheiden und beherrschbar».

Hier ein Video-Statement von Wilders zur Studie, aufgenommen in Rotterdam:

Berlin: Alex-Schläger verhöhnen toten Jonny K.



16 Monate nach dem Tod von Jonny K. verhöhnen die Alex-Schläger ihr Opfer im Internet auf Facebook. Auf der Toilette des Landgerichts Moabit posieren zwei der Täter mit Freunden frech vor der Kamera. „Dumm, arrogant, unverschämt und aggressiv“, nannte Richter Helmut Schweckendieck sie seinerzeit und [verurteilte sie zu mehrjährigen Haftstrafen](#) – dennoch ist von Reue keine Spur.

[BILD-online](#) schreibt:

Auf dem öffentlich zugänglichen Facebook-Profil von Täter Osman A. wurde ein besonders dreistes Foto gepostet: Darauf sieht man Osman A. und seinen Mit-Angeklagten Memet E. im Kreis mehrerer Freunde.

Memet E. hält den Stinkefinger in die Kamera, Osman A. lacht frech. Perfide: Das Bild soll während einer Prozesspause im WC des Landgerichts Moabit aufgenommen worden sein!

Die Zeitschrift „Auf einen Blick“ berichtet über die skandalösen Bilder. Ein anderes Foto aus dem Internet zeigt Osman A. vor der Jugendstrafanstalt Berlin. Der Kommentar darunter: „Zellenbesichtigung“.

Nicht einmal vor Richter Helmut Schweckendieck, der die Alex-Schläger am 15. August 2013 verurteilt hatte, haben die jungen Männer Respekt. Per Montage wurde das Gesicht von Memet E. auf eine Richter-Figur montiert. „Memet

schwekendieck“ kommentiert der Schläger selbst. Und schreibt den Namen des Juristen sogar falsch.

Warum sind die fünf jungen Männer (alle Haftstrafen unter drei Jahren) überhaupt noch auf freiem Fuß? Bisläng sitzt für die Tat nur Haupttäter Onur U. in Haft. Gegen das Urteil haben alle Revision eingelegt.

Laut „Auf einen Blick“ kann es noch bis zu einem Jahr dauern, bis der BGH in letzter Instanz entscheidet. So seien die Prozessakten beim Gericht noch nicht einmal eingegangen.

Jonny's Schwester Tina K. zu BILD: „Denen ist es egal, was sie getan haben. Sie empfinden keine Reue, kein Mitgefühl.“ Mittlerweile hat sie die Hoffnung auf eine Geste der Entschuldigung aufgegeben. „Ich glaube, sie werden nie Manns genug dafür sein.“

So ist es. Kein Respekt, keine menschliche Regung, nur Hass und Hohn für das Opfer. Bei so einem System kann keine Erkenntnisgewinnung stattfinden, im Gegenteil: sie sind nun vermutlich auch noch Vorbild für die nächsten Täter beim fröhlichen [„Das Schlachten hat begonnen“](#)-Spielchen...

**Europaweites Moschee-
Bauverbot gefordert**



Der britische EU-

Abgeordnete der Independent Party, Gerard Batten (Foto l. mit Geert Wilders), hat ein europaweites Bauverbot von Moscheen gefordert. Muslime sollten außerdem eine Erklärung unterzeichnen, in der gewisse Teile des Korans verurteilt werden, so Batten am Dienstag.

Es sei ein großer Fehler gewesen, „diese Explosion von Moscheen in Großbritannien“ zu ermöglichen. Er stehe auch nach wie vor zu einer „[Charta zum gegenseitigen Verständnis](#)“ des in London lebenden Ex-Moslems Sam Solomon, die er bereits 2006 propagierte. In der wird gefordert, dass die Muslime sich lossagen sollten von der Gewalt im Koran und alle Passagen streichen sollten, die den „gewalttätigen Dschihad“ fördern. Sie müssten als „ungültig und nicht-islamisch“ deklariert werden.

Mary Honeyball, eine Labour-Abgeordnete, sagte, Batten sei Teil der hässlichsten Seite seiner Partei und zeige, trotz aller Bemühungen des Partiefchefs Nigel Farage, es vor den Wahlen zum Europäischen Parlament anders darzustellen, wie weit rechts die Ukip stehe.

Der in Pakistan geborene konservative Abgeordnete Rehman Chishti sagt, dass die Position Battens, besonders die „Charta“ und, dass Teile des Korans „unanwendbar“ gemacht werden sollten, schockierend sei. „Wenn Nigel Farage Vertrauenswürdigkeit hätte, würde er dieser Person nicht erlauben, für die Ukip zu sprechen.“

Daran ist gut zu erkennen, dass der Islam längst im Britischen Parlament angekommen ist.

Die Charta, auf die Batten sich beruft, wurde 2006 vom Islamgelehrten Sam Solomon veröffentlicht. Solomon war Professor für Schariarecht, bevor er zum Christentum konvertierte und dafür knapp der Todesstrafe entging. Batten vertritt die Ansicht, dass „jede vernünftige, normale Person“ dieses Papier unterzeichnen müsste. Es könne nicht angehen, dass Texte, die befehlen, Juden zu töten, weiter Bestand hätten, sagte er im [Interview mit dem Guardian](#). „Wenn das Denken, das den modernen Menschen repräsentiert, etwas als falsch erkannt hat, wie in diesem Fall, werden sie auch ihr Denken revidieren müssen. Wenn sie sagen, sie können ihre Gedanken zu diesen Fragen nicht revidieren, dann werden wir wohl ein Problem haben – Wir oder sie?“, fügte er hinzu.

Batten wird nicht müde seine Forderung zu wiederholen, die Muslime müssten einen Fünf-Punkte-Katalog unterzeichnen, in dem sie die Gleichheit mit anderen Religionen akzeptierten, die Gewalt ablehnten und die Notwendigkeit erkennen, die Bedeutung und Anwendung von bestimmten Teilen der islamischen Texte und Lehren neu zu prüfen und anzupassen.

„Ich würde erwarten, dass die Fundamentalisten mit mir einig sind, dass die Demokratie mit fundamentalistischem Islam unvereinbar ist. Moderate Muslime haben dann zu entscheiden, auf welcher Seite sie stehen“, so Batten.

Bereits 2010 schlug Batten vor, ein Verbot für neue Moscheen auf ganz Europa auszuweiten. „Zwei inkompatible Systeme am gleichen Ort“ seien nicht möglich.

Bonn: Südländischer Überfall auf Joggerin



„In Bonn kann man nicht von ‚[No-Go-Areas](#)‘ reden. Dennoch gibt es auch hier Orte, bei denen ich von einer erhöhten Gefahrenlage reden würde“, sagte Udo Schott von der linken Bonner GdP-Kreisgruppe am 28. Januar im Bonner General-Anzeiger. Der migrationstechnisch besonders stark bereicherte Stadtteil Medinghoven (früher bevorzugte Wohnlage für Bundesbedienstete) ist bekannt für regelmäßig erfolgende [Brandstiftungen](#), Einbrüche, Ballereien mit [Luftgewehren](#) und andere Begegnungen mit südländischer Bereicherungskultur. Wer zum Beispiel auf dem Konrad-Adenauer-Damm joggt, kann interessante Bekanntschaften machen.

(Von Verena B., Bonn)

[Die Polizeipresse](#) schreibt:

Zu einem Raub eines Mobiltelefons kam es am Dienstag, dem 04.02.2014 gegen 21.10 Uhr in Bonn-Medinghoven, Konrad-Adenauer-Damm. Einer 28-jährigen Frau entrissen zwei unbekannte Tatverdächtige ihr Telefon und flüchteten.

Die 28-jährige Frau lief joggend auf dem Konrad-Adenauer-Damm in Bonn-Medinghoven. Gerade als sie die Ohrhörer des Telefons ausziehen wollte, kamen zwei junge Männer auf sie und rissen ihr das Telefon aus der Hand. Mit der Beute liefen die beiden Unbekannten Richtung TÜV-Gelände weg.

Die Frau beschreibt die Tatverdächtigen folgendermaßen: 1.

Person: ca. 20 alt, etwa 1,70 Meter groß, südländisches Aussehen. Bekleidet mit einem großen, grauen Schal, der um Hals und Mund gewickelt war. Die Schuhe hatten Leuchtstreifen oder waren zum Teil neonfarben. 2. Person: ebenfalls ca. 20 Jahre alt und 1,70 Meter groß. Der Mann trug eine dunkle, lange Jacke und hatte südländisches Aussehen.

Eine Fahndung nach den Tätern verlief im näheren Umfeld des Tatorts ergebnislos. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen und bittet mögliche Zeugen sich unter der Telefonnummer 0228 / 15-0 bei der Polizei zu melden.

Besuchen Sie Medinghoven, hier können Sie einen abwechslungsreichen Abenteuerer-Urlaub verbringen. Auch die Preise für den Erwerb von Eigentum sind so günstig wie in kaum einem anderen Stadtteil!



**Münchner AZ: FREIHEIT das
„Schreckgespenst“ der
etablierten Parteien**



Ob die Redakteure der Münchner Abendzeitung nicht bis vier zählen können? Bekanntlich haben vier kleine Parteien die Hürde von 1000 Unterstützungsunterschriften für den Antritt zur Stadtratswahl geschafft – im Schaubild der Logos (oben) druckt die AZ aber nur drei ab. So läuft linksgestrickter Journalismus: DIE FREIHEIT lässt man mal einfach so weg. AZ-Federknecht Willi Bock sieht sie als das „Schreckgespenst“ der etablierten Parteien. In München scheinen viele die nackte Angst vor dem Aussprechen des gesunden Menschenverstandes zu haben.

Wer außer linksverdrehten Ideologen kann schon etwas gegen direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild haben? Wem kommt es ungelegen, dass die verfassungsfeindlichen Bestandteile des Islams gestrichen, die Asylflut eingedämmt, die Einwanderung in die Sozialsysteme gestoppt, die Gängelung der Autofahrer in der Innenstadt beendet und die Pöstchenvergabe nach rotgrünem Parteibuch in Aufsichtsräte städtischer Unternehmen kritisch durchleuchtet wird?

So viel Bürgernähe scheint den „Etablierten“ wohl unheimlich zu sein, denn alle Rathaus-Fraktionen von SPDGRÜNECSUFDP haben sich im Wahlkampf das Schweigen zu den sensiblen Themen rund um Asyl-Einwanderung-Integration-Islam-Moscheebau selbst auferlegt. Der sehr grün angehauchte AZ-Mann Bock schreibt:

Ab heute steht fest, wen die Münchner wählen können. 18 Parteien wollten in den neuen Stadtrat – 14 haben es tatsächlich geschafft, auf den Stimmzettel zu kommen. Darunter ist auch das größte Schreckgespenst für die etablierten Parteien: Die islamfeindliche und rechtspopulistische „Freiheit“ des ehemaligen CSU-Funktionärs Michael Stürzenberger. (..)

Die vier neuen sind (in Klammern die vorläufige Zahl der Unterschriften): Wählergruppe Hut (1407), Alternative für Deutschland (1317), Freiheit (1266), Piraten (1093). Die Partei der Vernunft kam auf ganze elf Unterschriften, die Tierschutzpartei auf 39, und die Violetten bleiben mit 52 blank.

Bock lässt DIE FREIHEIT nicht nur im Schaubild verschwinden, im Text diffamiert er sie auch noch als „rechtsextremistisch“:

Die Kleinen werden den Großen gefährlich: SPD und CSU rechnen damit, dass ihnen vor allem die Piraten und die AfD Sitze abnehmen werden. Bei der Bundestagswahl kam die AfD in München auf 4,5 Prozent – das wären drei bis vier Stadträte. Die meisten Wähler verlor dabei die FDP an die AfD. Die Piraten bekamen bei der Landtagswahl in München 2,4 Prozent – das wären zwei Stadtratssitze. Mindestens sechs Sitze (von 80), die umverteilt werden könnten. Reicht das, um Rot-Grün nach 23 Jahren abzuwählen?

Aber auch für Kleine sind Kleine eine Gefahr: So hat die NPD-Nebenorganisation BIA schon den Kampf gegen die rechtspopulistische Freiheit aufgenommen (die bei der Europawahl am 25. Mai mit den Republikanern zusammengehen will). Viele im Rathaus befürchten: Es werden im neuen Stadtrat zwei Rechtsextremisten sitzen.

Das Verschweigen der FREIHEIT hat bei Bock Tradition: Bereits bei seiner ganzseitigen Story Mitte Juni vergangenen Jahres

über das [Fotografier- und Filmverbot](#) für die Kundgebungsteilnehmer der FREIHEIT im Rahmen des Bürgerbegehren hielt er es nicht für nötig, das journalistische Einmaleins anzuwenden: Mit denen sprechen, um die es geht. Er ließ einfach andere über DIE FREIHEIT hetzen und mischte dabei selber kräftig mit. Und das kam dann noch als Aufmacher an die AZ-Zeitungskästen in ganz München:

Die Piraten nehmen Kurs auf den Stadtrat

Das wird den Stadtrat verändern: Auch „Hut“ und AfD treten an – und könnten den etablierten Parteien ganz schön gefährlich werden

MÜNCHEN Noch knapp sechs Wochen sind es bis zur Stadtrats- und OB-Wahl am 16. März. Ab heute steht fest, wen die Münchner wählen können. 18 Parteien wollten in den neuen Stadtrat – 14 haben es tatsächlich geschafft, auf den Stimmzettel zu kommen. Darunter ist auch das größte Schreckgespenst für die etablierten Parteien: Die islamfeindliche und rechtspopulistische „Freiheit“ des ehemaligen CSU-Funktionärs Michael Stürzenberger.

Vier neue Parteien und Gruppen sind dabei. Die Neuen mussten bis Montagmittag 12 Uhr 1000 Unterschriften von Unterstützern beibringen, um überhaupt zur Wahl zugelassen zu werden. Parteien und Gruppierungen die bereits im Landtag oder seit mindestens sechs Monaten im Stadtrat sind, brauchen das nicht mehr

STEHEN ZUR WAHL



Alternative für Deutschland



HABEN ES NICHT GESCHAFFT

Die Violetten
... für spirituelle Politik




Die vier Neuen sind (in Klammern die vorläufige Zahl der Unterschriften): **Wählergruppe Hut** (1407), **Alternative für Deutschland** (AfD, 1317), **Freiheit** (1266), **Piraten** (1093). Die Partei der Vernunft kam auf ganze elf Unterschriften, die Tierschutzpartei auf 39, und die Violetten bleiben mit 52 blank. – Die letzte Entscheidung trifft darüber heute der Wahlausschuss.

Zu den vier Neuen kommen zehn Parteien und Gruppen, die heute im 88-köpfigen Stadtrat sind: SPD (heute 33 Sitze), CSU (22), Grüne (11), FDP (4), Linke (3), Freie Wähler (3), Rosa Liste (1), Bayernpartei (1), ÖDP (1), Bionne (1).

Elf OB-Kandidaten werden bei der Stadtratswahl am

Darüber ist noch ein netter Cartoon abgebildet, der die linken Piraten sympathisch erscheinen lassen soll: